

Die Mär vom geprügelten Polizeibeamten

Mit Zahlenspielerien wollen rechte Innenpolitiker noch härtere Strafen für Widerstand herbeireden

„Immer schlimmere Gewalt: Unsere Polizisten als Prügelknaben der Nation!“, jammert der Boulevard. „Das ist völlig indiskutabel!“, tönt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. „Deeskalation wird als Schwäche missverstanden, wir müssen wieder Stärke und Entschlossenheit zeigen können“, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG). Ein großes Klagen und Auf-den-Tisch-hauen geht durch's Land, es dreht sich, oh je, um Gewalt gegen Polizeibeamte. Staatsdiener, die in geschlossenen Einheiten auftreten, die mit Schusswaffen und Schlagstöcken, mit Hunden, Panzern und Gas bewaffnet sind, eingerüstet bis zur Unkenntlichkeit, im Rücken eine politische Justiz und mehrere ihre noch so niedrigen Schranken missachtende Geheimdienste – diese wehrlosen, zerbrechlichen Wesen also sehen sich „immer öfter“ brutalster Gewalt ausgesetzt, sprich: Widerstand. Das Volk, dass sie im Zaume halten sollen, tut nicht immer und nicht genau das, was von ihm beim Eintreffen der Ordnungshüter erwartet wird.

■ „Berufsrisiko“ mögen höfliche Zeitgenossen/-innen denken. Ein „Heul doch“ drängt sich auf, wenn es nicht ganz so diplomatisch sein soll. „So soll es sein“, wenn man die so furchterregende Entwicklung vor einem politischen Hintergrund betrachtet. Denn selbst die DPolG kommt nicht umhin festzustellen, dass es durchaus systemimmanente Gründe für die „alarmierende Zunahme“ der Gefahr für Polizisten gibt. Ihr Bundesvorsitzender Rainer Wendt etwa sieht „die Ursachen der Gewalt in kollektivem Frust über Staat und Gesellschaft und weniger gegen konkrete politische Entscheidungen gerichtet“ (1). Doch wenn die Herrschenden eben Perspektivlosigkeit, Verzweiflung und Wut säen, wenn sie ihre Subjekte nicht mehr blenden können noch im Griff haben, dann muss eben das als exklusiv beanspruchte Gewaltmonopol noch weiter als bisher schon ausgereizt werden. Das wird, honni soit qui mal y pense, ganz sicher den sozialen Frieden zurückbringen.

Ist wirklich etwas faul im Staate Deutschland?

Doch wenn es schon die Repressionsorgane nicht schaffen, so wollen doch wir Schnellschüsse vermeiden. Was geht denn derzeit eigentlich Schreckliches in diesem unserem Lande vor? Nun, das weiß niemand so genau. Denn die zumindest subjektiven Erfahrungsberichte vermeintlicher Gewaltopfer in Uniform (2), die die Basis für Forderungen nach immer weiteren Gesetzesverschärfungen bilden sollen, lassen sich kaum belegen. Nicht einmal der selbstgestrickten Polizeilichen Kriminalstatistik lässt sich solches entnehmen: Sie führt Polizisten/-innen nicht gesondert unter den Gewaltopfern

auf. Presseberichte sprechen quellenlos von bundesweit 26.000 „Übergriffen“ im Jahr 2007 (3), die DPolG beruft sich auf „alarmierende“ Zahlen des Bundesinnenministeriums und behauptet frisch, „der Anstieg vor allem im Bereich der linksorientierten Kriminalität geht einher mit einer zunehmenden Zahl von Angriffen auf Polizisten“ (4).

Das angeführte Innenministerium listet tatsächlich eine steigende Zahl politisch, insbesondere „linksextremistisch“ (5) motivierter Gewalttaten auf: 1096 linke Untaten im Jahr 2009, ein Plus von 56,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Den, oh Schreck, „höchsten Anteil“ nahmen dabei die Körperverletzungen mit 849 registrierten Fällen ein (6) – immerhin durchschnittlich 2,3 so genannte Körperverletzungen pro Tag, verteilt über die ganze Bundesrepublik. Bundesinnenminister Thomas de Maizière zog aus diesen bürgerkriegsartigen Zuständen die einzige Konsequenz, die ein Bundesinnenminister nur ziehen kann: „Daher appelliere ich an alle Bürgerinnen und Bürger vor allem in ihrem unmittelbaren Umfeld allen gewaltbereiten Aktionen energisch entgegenzutreten (...) – nur so kann dieses Problem langfristig gelöst werden.“ (7)

Doch zurück zur Gewalt gegen Polizisten. Waren die Zahlen – mit allen unter (5) genannten Einschränkungen – objektiv, rein und wahr, so wurde der Minister recht schwammig, was den Widerstand gegen seine Büttel anbelangte. Seinen Worten zufolge richteten sich die von Linken bezugenen Körperverletzungen „in mehr als der Hälfte der Fälle gegen Polizeikräfte – fast alle übrigen Körperverletzungsdelikte gegen Angehörige der rechten Szene.“ In Erinnerung an die Einführung: Zweiter Teil der Aussage – so

soll es sein. Erster Teil der Aussage: Im gesamten Jahr 2009 hatten böse Linksextremisten über 400 Mal eine Körperverletzung an schutzlosen, wehrlosen etc. pp. (siehe oben) Polizeibeamtinnen und -beamten begangen. Zahlreichen Anklagen, um die sich die Rote Hilfe e.V. und andere Genossinnen und Genossen kümmern, ist zu entnehmen, dass Polizisten/-innen ihren Körper schon verletzt sehen, wenn ein Fingernagel eingerissen ist oder ein rabiater Demonstrant mit einem Turnschuh gegen ein schienenbewehrtes Bein tritt. Jährlich über 400 von Linksextremisten verursachte Blessuren auf mehrere hunderttausend Polizisten (8) bundesweit – wahrlich alarmierende Zahlen.

Spannend wird es allerdings, wenn man die – nach Polizeiangaben – am 1. Mai 2009 in Berlin verletzten 479 Beamten herausrechnet. Denn selbst wenn man 479 als „mehr als die Hälfte von 849“ durchgehen lassen will, bleibt für den Rest des Jahres und des Bundesgebietes rein rechnerisch eigentlich keine einzige linksextreme Gewalttat gegen Polizisten übrig. Dennoch brachte diese reichlich vage Textaufgabe den DPoIG-Vorsitzenden Wendt zu der Schlussfolgerung: „Wir haben nun schriftlich, was unsere Kollegenschaft seit längerem bestätigt: Die Zahl der Körperverletzungen und der Widerstandshandlungen gegenüber Polizeikräften hat erheblich zugenommen. Vor allem die linke Szene richtet ihren Hass gegenüber dem Staat auf Polizisten aus. Diese repräsentieren – äußerlich erkennbar durch die Uniform – für sie den Staat schlechthin.“ (9) „Dass die Zunahme der Übergriffe auf mehr als nur auf einem vagen Gefühl beruht“ plaudert dann die bürgerliche Presse nach (10). Doch ein Beleg sind diese kargen Zahlen bei Weitem nicht. Und das wissen diejenigen, die am lautesten Zeter und Mordio schreien, natürlich auch.

Gewaltaffine, urteilsunfähige, beeinflussbare Jugendliche

Ein bisschen weiter ist da schon das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das mit einigen konkreten – aber durchaus zu hinterfragenden – Zahlen aufwarten kann. In der öffentlichen Fassung des aktuellen Verfassungsschutzberichts heißt es: „Jugendliche sind für Extremisten aller Art wegen ihrer oftmals noch nicht vollständig ausgeprägten Kritik- und Urteilsfähigkeit und damit einer

leichteren Beeinflussbarkeit interessant. Besonders erfolgreich in dem Bestreben, Jugendliche an sich zu binden, ist aber die linksextremistische autonome Szene. Dabei scheinen die typischen Merkmale der Autonomen, wie Aktionsbezogenheit und einfache Feindbilder (Staat, Faschisten, ‚Bullen‘) für Jugendliche besonders attraktiv zu sein.“ (11) Gerade die „Gewaltaffinität der autonomen Szene (‚Mach kaputt, was Dich kaputt macht‘)“ übe offenbar „eine gewisse Anziehungskraft auf Jugendliche aus.“ (12)

Diese vom bayerischen Geheimdienst für das Jahr 2009 festgestellten 127 Gewalttaten mit so genanntem linksextremistischen, meist antifaschistischem Hintergrund – mit einer errechneten Steigerung um etwa 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – stellen „erneut einen Höchststand seit mindestens zwei Jahrzehnten“ dar. Besonders bedenklich: „Die Taten richteten sich wie in der Vergangenheit aber nicht nur unmittelbar gegen Rechtsextremisten als politischen Gegner. Vielmehr ist auch die Polizei als staatliches ‚Repressionsorgan‘ vermehrt das Ziel linksextremistisch aggressiven Verhaltens. Betroffen hiervon sind insbesondere die zur Gewährleistung des grundgesetzlich geschützten Versammlungsrechts eingesetzten Polizeibeamten, die Übergriffe verhindern sollen. Von den 127 Gewalttaten richteten sich allein 61 gegen Polizisten (2008: 66).“ (13)

Immerhin: Es gibt also endlich mal eine konkrete Zahl, die das ganze schreckliche Ausmaß der Gewaltorgie gegen wohlmeinende Ordnungshüter beleuchtet. Doch auch hier muss einmal mehr eingeschränkt werden. Lassen wir es Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, wenn auch unfreiwillig, selbst tun: „Die Gewalt von links wird ganz überwiegend von Personen ausgeübt, die gezielt die Konfrontation mit Rechtsextremisten suchen. Die Angriffe richten sich dabei nicht nur gegen den politischen Gegner. In fast der Hälfte aller Fälle richtet sich die Gewalt bewusst auch gegen Polizeibeamte, die etwa Übergriffe bei Demonstrationen verhindern. Besonders häufig handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Immer wieder werden dabei Flaschen, Steine und andere gefährliche Gegenstände auf die Beamten geworfen.“ (14)

Wir lernen: Böse Menschen sind diejenigen, die gegen Nazis vorgehen. Polizisten greifen diese Ausgeburten der

Hölle jedoch vor allem dann an, wenn diese die Nazis schützen. Ob die Körperverletzungen tatsächlich von den geworfenen „Flaschen, Steinen und anderen gefährlichen Gegenständen“ herrühren, bleibt offen. Es darf analog der Erfahrungswerte der Roten Hilfe e.V. getrost unterstellt werden, dass die Beamten/-innen sich beim Wegtragen von Demonstranten verhoheit, beim munteren Zuschlagen eine Schulter ausgekugelt oder beim Einbruch in einen Demonstrationszug einen blauen Flecken am Oberarm zugezogen haben. Denn genau solcherlei lächerliche „Verletzungen“ bilden in den meisten Fällen die Grundlage für eine Anklage gegen linke Aktivisten/-innen wegen Körperverletzung, wenn nicht gar gefährlicher Körperverletzung.

Irgendwelche Zahlen belegen es sicherlich: Der Feind steht links

„Für die Gewalttaten gibt es keinerlei Rechtfertigung, auch nicht im Namen des ‚Antifaschismus‘“, erklärte Herrmann. „Gewalt gegen Polizeibeamte werde ich auf gar keinen Fall hinnehmen. Auch bundesweit ist die linksautonome Gewalt dramatisch angestiegen. Wir werden deshalb unsere Aufmerksamkeit verstärkt auf die Entwicklungen in der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und ihr Umfeld richten.“ (15) Denn eines ist nach wie vor klar: Der Feind steht links. Und wenn es nur durch kunstvoll gebogene Zahlen belegt werden kann.

Zahlen, so wenige es auch sein mögen, so schwammig und so unerklärlich, sind es, die den Schrei nach noch mehr Repression unterfüttern sollen. Durch unschuldige, objektive Zahlen soll das Schreckgespenst des hordenweise auftretenden, von hinten Polizisten meuchelnden und damit Staat und Gesellschaft als solche unmittelbar an den Rand des Zusammenbruchs führenden Linksextremisten (16) empirisch belegt werden: Die Lösung der Gleichung ist bereits veröffentlicht, jetzt muss nur noch eben die zu Grunde liegende Rechnung gebastelt werden. Eigentlich sollte das dem Staat keine größeren Probleme bereiten. Tut es aber. Denn das Ganze sollte einen wissenschaftlichen Anstrich erhalten, glaubwürdig und hieb- und stichfest wirken. Dazu wurde das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) des früheren Landesjustizministers Chris-

tian Pfeiffer damit beauftragt, 260.000 Polizisten/-innen zu befragen.

Doch daran störten sich die DPoIG und die unionsregierten Bundesländer, denn ganze Passagen in dem 39 Seiten starken Fragebogen dringen den Repressionsfachleuten viel zu weit ins Private ihrer Schergen vor. Darin wird nicht nur gefragt, wie und vor allem von wem der oder die nichts Böses ahnende Uniformierte hinterrücks niedergeschlagen

wurde. Nein, der Wissenschaftler wollte von den verbeamteten Überfallopfern auch Auskunft über eigene Persönlichkeitsmerkmale und die Nationalität der Eltern erhalten, wollte Angaben zu eigenen Reaktionsweisen bei Verärgerung, zur Bewertung der Bestrafung durch Gerichte und nicht zuletzt zu innerfamiliären Erfahrungen in der Kindheit haben. Solide kriminologische Recherche also. Doch die Beamten/-innen, so ihre Vertreter, seien doch Opfer, keinesfalls hätten sie durch eigenes Verhalten etwas mit den gegen sie gerichteten Taten zu tun.

Warum

ausgerechnet die angeblich links-extremistisch motivierte Gewalt gegen Polizisten herhalten muss, um eine Verschärfung des Strafrechts zu fordern, ist zumindest dann schleierhaft, wenn man die Zahlen betrachtet. Denn die offiziellen Angaben zu den vermeintlich von Linksextremen begangenen Körperverletzungen an Polizisten – sofern in der Medienkampagne überhaupt Zahlen angeführt werden – widersprechen sich. Das Bundesinnenministerium etwa führt für 2009 insgesamt 849 von so genannten Linksextremisten begangene Körperverletzungen an, davon „mehr als die Hälfte“ an Polizisten. Andererseits wurden nach Polizeiangaben allein in Berlin am 1. Mai 2009 stolze 479 Beamte durch Linke verletzt. Damit dürfte die gute Hälfte von 849 eigentlich erreicht sein, Gewalt gegen Beamte außerhalb Berlins und im Rest des Jahres wäre damit rechnerisch nicht mehr vorgekommen. Andererseits verbucht das bayerische Innenministerium beziehungsweise sein Geheimdienst allein für den Freistaat 61 linksextreme Angriffe auf Polizisten – waren die vielleicht auch am 1. Mai in Berlin eingesetzt? Und wenn nicht – wie passen diese Zahlen zusammen?

Viel interessanter wäre es, sich die insgesamt und unabhängig von politischer Gesinnung bestrittenen Auseinandersetzungen mit Beamten anzusehen. Für das Jahr 2008 führt die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts 28.272 Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt an (und 2314 durch Beamte verübte Fälle von Körperverletzung im Amt). Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) macht aus jeder Widerstandshandlung flugs eine Gewalttat und spricht von 27.000 Angriffen auf Polizisten. Demgegenüber machen sich die „mehr als die Hälfte von 849“ linksextrem motivierten Körperverletzungen (inklusive blauer Flecken) verschwindend gering aus.

Es kann also nur einen Grund geben: Die tatsächlich relativ niedrige Zahl linksextremer Gewalttaten wird so lange aufgebauscht und durch die Medien geblasen, bis eine Gesetzesverschärfung durchgepeitscht werden kann, die dann in ihrer überwiegenden Mehrzahl eben nicht politisch motivierte Menschen, sondern beispielsweise feiernde Jugendliche und widerspenstige ALG-II-Empfänger trifft. Als Sündenbock muss dafür aber erst – einmal mehr – die Linke herhalten.

Das KFN lenkte ein und änderte den Fragekatalog, ließ Fragen etwa zur Kindheit wegfallen. Trotzdem verweigerten Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hamburg und die Bundespolizei ihre Teilnahme an der Studie. Die DPoIG bezeichnete weiterhin angeführte Fragen etwa nach Migrationshintergrund, der psychischen und physischen Verfassung der Einsatzkräfte unmittelbar vor der Gewalterfahrung oder der Gesinnung (17) als völlig inakzeptabel. „Was haben wir von einer Studie, bei der Kollegen einen Gutteil der Fragen nicht beantworten?“, fragte der stellvertretende bayerische DPoIG-Vorsitzende Rainer Nachtigall. Denn kein Polizist würde irgendetwas ankreuzen oder angeben, das ihn eventuell belasten könnte. Andererseits: Was nützt eine Studie, in der nur genehme Fragen nach der eigenen Opferrolle abgeklopft werden?

Doch solcherlei Haarspaltereien lassen einen Bayern nicht wanken. Schon wieder gibt es einen freistaatlichen Sonderweg: das „Lagebild Bayern“. Das gilt als wesentlich erfolgversprechender, weil oberflächlicher, mathematischer. Im Wesentlichen handelt es sich um eine rein technische Maßnahme: Die elektronische Erfassung von Widerstandshandlungen in der

bayerischen Kriminalstatistik, die die benötigten bluttriefenden Zahlen bisher nicht so recht liefern konnte, wurde einfach um diverse Schlüssel erweitert. Damit wird es möglich, alle Fälle herauszufiltern, in denen ein Polizist Opfer einer Straftat wurde. Und vor allem wird seit Jahresbeginn das höchstwertige Delikt festgehalten: Holt sich ein Beamter oder eine Beamtin bei einer Widerstandshandlung einen blauen Flecken, so wird der Vorgang nun nicht mehr als Widerstand, sondern eben als Körperverletzung an einem Beamten geführt.

Beißen oder doch nur „passive Verweigerung“?

Komplettiert wird das „Lagebild“, das bereits Ende 2010 abgeschlossen werden soll, durch Daten zur Gefährdungsanalyse beziehungsweise zum Arbeitsschutz und durch „Erfahrungswerte“ von geschlossenen Einheiten, also etwa des bayerischen USK, das bei Kundgebungen immer wieder – selbstverständlich ohne eigenes Zutun – in mehr oder weniger gewaltsame Auseinandersetzungen, nun ja, verwickelt wird. Ein seit Mitte März ausgegebener Fragebogen listet an Beamten/-innen begangene Straftaten auf, von Beleidigung bis Mord geht es da. Tatort, Tatzeit, Anlass des Einsatzes, die Tat an sich – von der „passiven Verweigerung“ über „beißen“ bis zu „schießen“ – müssen angekreuzt werden. Es wird vermerkt, ob sich der Vorfall bei einem Fußballspiel oder beispielsweise bei einer Demonstration ereignete. Und nicht zuletzt werden die Verletzungen des Beamten notiert.

„Künftig wird das ganze Ausmaß deutlich“, freut sich Nachtigall (18). Deutlich wird nur eines werden: Die politisch so dringend benötigten Zahlen. Die tiefer schürfende Studie des KFN ist laut Nachtigall für Bayern „nicht mehr interessant“ und sowieso wissenschaftlich fragwürdig – einfach aufgrund der Tatsache, dass sich einige Landespolizeien der Teilnahme verweigern. Mit ähnlich flachen Methoden arbeiten auch andere Bundesländer. Sind die bestellten – und alles, was nicht die Existenz marodierender roter und schwarzer Hundertschaften belegt, wäre eine gelungene Überraschung – Zahlen produziert, kann endlich, endlich gehandelt werden. Denn darum geht es bei dem ganzen Geheule: Es muss noch stärker zugelangt werden dürfen!

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will künftig lange Haftstrafen von bis zu fünf, in Fällen von besonders schwerer Körperverletzung sogar bis zu zehn Jahren Gefängnis verhängen lassen, wenn der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols entgegengetreten wird. Dazu muss eine Verschärfung des Paragraphen 113 des Strafgesetzbuchs (StGB) her, der den „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ unter Strafe stellt. Eine Verschärfung, die sich innenpolitische Scharfmacher schon lange wünschen. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig etwa findet: „Wer Polizisten angreift, greift die Gesellschaft und damit uns alle an.“ Und dafür soll es künftig richtig auf die Mütze geben. Als ob das bisher nicht der Fall gewesen wäre.

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) macht sich für eine Strafverschärfung stark und bemängelt, dass §113 StGB in seiner derzeitigen Fassung die Strafbarkeit von Widerstandshandlungen an eine Vollstreckungssituation ansetzt. Angriffe „aus dem Nichts“ werden daher strafrechtlich von §113 StGB nicht erfasst. Die Tatbestandsmerkmale dieser Norm sind seit je her politisch umkämpft. Bislang machten sich die Streitigkeiten an Absatz 3 der Norm fest, nach dem eine Widerstandshandlung nur dann strafbar ist, wenn die Diensthandlung auch rechtmäßig ist. Nun ist schon immer umstritten, was denn mit „rechtmäßig“ in diesem Sinne gemeint ist. Durchgesetzt hat sich dabei eine juristische Lesart, nach der es eine nur für diese Norm erfundene „strafrechtliche Rechtmäßigkeit“ geben soll. Für diese muss die Vollstreckungshandlung, gegen die sich gewehrt wird, gar nicht wirklich rechtmäßig sein – es genügt, wenn der oder die Vollstreckungsbeamte/-in nach „pflichtgemäßer Würdigung“ davon ausgehen konnte, dass sie es sei. Kurz: Auch wer sich gegen vollkommen rechtswidrige Vollstreckungen wehrt, kann nach dieser Lesart bestraft werden (19).

„Bestmöglicher strafrechtlicher Schutz“ für die Einsatzkräfte

Und das ist gut so, findet etwa der bereits mehrfach zitierte bayerische Innenminister Herrmann. Und es soll noch schärfer zugehen: „Gewalt gegen Polizeibeamte muss unbedingt härter bestraft werden.“ Eine solche Strafverschärfung wäre für Herrmann „ein wichtiges

politisches Signal. Diejenigen, die ihren Kopf für uns hinhalten, müssen bestmöglichen strafrechtlichen Schutz bekommen.“ (20) Einen Schutz, den sie bisher nicht erhalten, denn die Justiz ist bekanntlich parteiisch und immer auf der Seite der Randalierer, Chaoten und Marodeure – vulgo Linksextremisten (21).

Das sieht, wenig überraschend, auch die DPoIG so. „Höchste Zeit, endlich der Gewalt spürbare Grenzen zu setzen“, meint Bundesvorsitzender Wendt. „Wenn in Kürze eine Strafverschärfung im Strafgesetzbuch erfolgt, wäre eine langjährige Forderung von uns erfüllt.“ (22) Draufkloppen hilft immer, dafür wird jede noch so durchschaubare Begründung an den Haaren herbeigezogen. Da erstaunt es doch, dass ausgerechnet der DPoIG-Vorsitzende eine der wenigen halbwegs geistreichen Wortmeldungen in dieser Brutalmöglich-Debatte zustande gebracht hat. Zu den Gründen der angeblich so stark ansteigenden Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen ließ er mitteilen, er sehe „die Ursachen der Gewalt in kollektivem Frust über Staat und Gesellschaft und weniger gegen konkrete politische Entscheidungen gerichtet. Auch individuelle Erfolglosigkeit und Unfähigkeit eine bürgerliche Existenz aufzubauen, spielen eine Rolle.“ Und jetzt kommt's: „Der Staat muss durch Bildung, die Stärkung von Familien und Erziehungseinrichtungen und durch eigenes vorbildliches Handeln der Politik dazu beitragen, Staats- und Politikverdrossenheit abzubauen.“ (23)

Na dann, auf geht's: Knüppel wegstecken und Uniformierte auf den Bau, Kitas und Schulen hochziehen!

- (1) Pressemitteilung der DPoIG vom 23. März 2010
- (2) Die bürgerliche Presse kolportiert eifrig, wenn auch unbelegt: „Sie würden immer häufiger beleidigt, bedroht, getreten, geschlagen oder mit Waffen angegriffen, klagen Beamte. Auf Streife genauso wie bei Einsätzen in geschlossenen Einheiten.“ Nürnberger Nachrichten, 2. April 2010
- (3) Nürnberger Zeitung, 8. Februar 2010
- (4) Pressemitteilung der DPoIG vom 23. März 2010
- (5) „PMK-links“, lies: „Politisch Motivierte Kriminalität Links“. Wo die Zahlen herkommen, ob sie überprüft wurden, ob es sich um Mehrfachnennungen handelt (vergleiche Anmerkung 6), nach welchen Kriterien sie ausgewertet und vor allem veröffentlicht

- wurden, über Sinn, Unsinn und Aussagekraft von Statistiken im Allgemeinen und die Motivation dieser im Besonderen – über diese und viele andere Fragen mag sich der geneigte Leser beziehungsweise die geneigte Leserin selbst einen Kopf machen. Die Statistik des Bundesinnenministeriums vom 23. März, auf deren Zahlen sich deutsche Repressionspolitiker berufen, findet sich unter http://www.bmi.bund.de/eln_174/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/03/politisch_motivierte_kriminalitaet.html?nn=109632
- (6) Diesen 849 Fällen von so genannten Linksextremisten zugerechneten Körperverletzungen steht folgender Satz weiter unten im Bericht des Innenministeriums gegenüber: „Insgesamt 1.980 Personen (Vorjahr: 1.937) sind durch politisch motivierte Gewalttaten körperlich verletzt worden. Davon waren unter Hinzurechnung der Getöteten rd. 49, 2 % (Vorjahr: 60,3 %) Opfer rechter Gewalt und rd. 40,2 % (Vorjahr: 30,6 %) Opfer linker Gewalt.“ Nach diesen Zahlen wurden durch „Linksextremisten“ also 796 Personen verletzt. Die Differenz zu den weiter oben veröffentlichten 849 Taten – 53 immerhin – lässt sich wohl nur durch das Hineinrechnen von gemeinschaftlich begangenen Taten erklären: Greifen vier Antifas einen Neonazi an, so handelt es sich demnach um vier Fälle von Körperverletzung. Solche Rechenspielen lassen jede gewünschte Dramatisierung in Statistiken zu: Man stelle sich vor, ein einzelner Polizist wird durch ungezählte und vor allem nicht einzelnen Personen zuzuordnende Flaschenwürfe aus einer 1000 Personen starken Demonstration heraus angegriffen und holt sich dabei einen blauen Flecken. Durch die Vielzahl der Täter ließen sich so mehrere hundert Fälle von PMK-links konstruieren – falls nicht längst schon so vorgegangen wird.
- (7) Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 23. März 2010 in Berlin bei der Vorstellung des in Anmerkung 4 erwähnten Berichts.
- (8) 1992: 246.311 Polizeibeamte/-innen, aktuellere Zahlen liegen nicht vor, dürften aber deutlich höher sein. Für die weiter unten behandelte KFN-Studie etwa sollten 260.000 Polizeibeamte befragt werden – sicherlich nicht die Gesamtheit der bundesdeutschen Kräfte.
- (9) Pressemitteilung der DPoIG vom 23. März 2010
- (10) Nürnberger Nachrichten, 2. April 2010
- (11) Bayerisches Staatsministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2009, S. 168 f. Die vollständige öffentliche Fassung des Berichts ist abrufbar unter <http://www.stmi.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte>
- Erfreuliches findet sich dort auch: Einer Grafik zufolge ging die Anzahl der so bezeichneten Linksextremisten in Bayern zwischen 2006 und 2008 steil nach oben, auf 2009 immerhin noch leicht.
- (12) A. a. O., S. 158f
- (13) A. a. O., S. 159f
- (14) Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann am 30. März 2010 in München bei der Vorstellung der öffentlichen Fassung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 2009.
- (15) Vergleiche Anmerkung 14. Charmant und politisch auf dem richtigen Dampfer ist er aber schon, der Herrmanns Joachim: Zum Schluss seines zu Tränen rührenden Vortrags dankte er „allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz (...) für ihre hervorragende Arbeit zum Schutz unserer Bürger.“ Denn: „Angesichts der aktuellen Sicherheitslage ist und bleibt ihre Arbeit unentbehrlich.“
- (16) Als solcher darf im Zweifelsfall auch schon ein bloßer Sympathisant der Partei „Die Linke“ (PDL) gelten.
- (17) Etwa: „Wie sehen Sie die Polizisten in der heutigen Gesellschaft?“ Hm, interessante Frage ...
- (18) Nürnberger Nachrichten, 2. April 2010
- (19) Vergleiche Pressback Nr. 20, Hamburg 2010
- (20) Pressemitteilung Nr. 102/10 des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, München, 30. März 2010
- (21) Vergleiche etwa den Schwerpunkt „Politische Justiz“ in der RHZ 1/2010
- (22) Pressemitteilung der DPoIG vom 24. März 2010
- (23) Pressemitteilung der DPoIG vom 23. März 2010